



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Doehn, Rud.: Die Partei der Unabhängigen in der nordamerikanischen Union.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Nun aber ist der alten Zeit, deren Erinnerung wir in diesen Zeilen geweckt finden, die neue Zeit gefolgt, und ihre Aufgabe ist es, das Volk auf jene geistige Stufe zu heben, deren es würdig ist und von der eine schwere Vergangenheit es fern gehalten.

Denn fürwahr nur wenige Länder haben in den letzten Jahrhunderten soviel gelitten, als Lothringen litt, das dürfen wir nie vergessen, das muß der Maßstab für Alles sein, was dort geschehen und was nicht geschah! Das aber ist zugleich der Maßstab für das, was Deutschland dem neugewonnenen Lande schuldet. Es hat nun wieder Gemeinschaft mit einem großen geistigen Leben gefunden, möge sich der Segen desselben so mächtig zeigen, als einst die Hand der Bourbonen sich zerstörend und drückend erwies. Das Stiefkind Frankreichs ist unser Kind geworden, möge es sein Heil in unserem Hause finden!

R — r.

## Die Partei der Unabhängigen in der nordamerikanischen Union.

Unter der Fraction der Unabhängigen sind diejenigen Bürger und Stimmgeber in den Vereinigten Staaten zu verstehen, denen es um die Verwirklichung guter Regierungsgrundsätze mehr zu thun ist, als um ein bloßes Parteiinteresse, und die deshalb bereit sind, die eine oder die andere Partei zu unterstützen, oder auch selbstständig vorzugehen, je nachdem die Nothwendigkeit der Bekämpfung von Mißbräuchen, die Durchführung nützlicher Maßregeln oder der Unterschied in dem Charakter und der Fähigkeit der vorgeschlagenen Candidaten das wünschenswerth erscheinen lassen. Man könnte hinzufügen, daß in Bezug auf die Hauptfragen, die gegenwärtig in der amerikanischen Nationalpolitik vorliegen, nämlich die Finanzfrage und die Bekämpfung der Corruption im Beamtenwesen, die Unabhängigen so ziemlich einig sind. Wie stark dies Element ist, hat sich bei den Wahlen der letzten beiden Jahre, namentlich im Jahre 1875, gezeigt. In mehreren der bedeutendsten Unionsstaaten, z. B. in New-York, Ohio, Illinois u. s. w. kann es unzweifelhaft den Sieg nach der einen oder der andern Seite entscheiden, und so ist es wahrscheinlich, daß die Unabhängigen bei der kommenden Präsidentenwahl durch ein geschlossenes Zusammenwirken den Ausschlag zu geben im Stande sind. Sie besitzen daher eine wohl zu beachtende Macht, mit der

sehr viel Gutes geleistet werden kann, wenn dieselbe planmäßig benützt wird. Schon hat sich in mehreren Staatswahlen dieser Einfluß insofern fühlbar gemacht, als die beiden alten Parteien bestrebt waren, das unabhängige Votum für sich zu gewinnen, und zu diesem Zwecke übte das unabhängige Element eine sehr lobenswerthe Vorsicht in der Auswahl von Candidaten. In anderen Fällen wurde jedoch den Unabhängigen nur die Wahl zwischen zwei Uebeln gelassen, und sie mußten sich nothgedrungen derjenigen Seite zuwenden, auf welcher das Unheil am geringsten war.

Was den letztgenannten Punkt, die Wahl zwischen zwei Uebeln, anbelangt, so ließ sich Karl Schurz jüngst in seinem Organe, der „Westl. Post“, also vernehmen: „Ueber Gines darf man sich in Amerika keine Illusion machen; wenn politische Parteioorganisationen alt geworden sind, so daß das selbstsüchtige Element Zeit gehabt hat, sich an die Spitze zu arbeiten und die Controlle der Maschinerie zu gewinnen — und das ist bei allen Parteioorganisationen fast immer der Fall — so wird der Besitz und die Ausnützung der Gewalt durch die Handwerkspolitiker stets einer der herrschenden Gesichtspunkte in der Parteipolitik sein, zuweilen sogar der einzige; und die „Macher“ werden den besseren Tendenzen nur die Concessionen machen, die zum Siege bei den Wahlen absolut nothwendig erscheinen. Bringt sich die eine Partei in besonders üblen Geruch, so daß sie die Unabhängigen abstößt, so wird die andere Partei es um so weniger für nöthig halten, tugendhaft zu sein, um die Unabhängigen zu gewinnen. Wer steht nun den Letzteren dafür, daß sie nicht auf ähnliche Weise bei der nächsten Präsidentenwahl wieder zu einer Wahl zwischen zwei Uebeln gezwungen sein werden? Dies wird aber um so eher der Fall sein, wenn die Unabhängigen von vornherein zugestehen, daß sie die beiden alten Parteien gewähren lassen müssen, um erst später, wenn diese ihre Politik fest bestimmt und ihre Candidaten aufgestellt haben, sich auf die eine oder die andere Seite zu schlagen. Nichts könnte für die Republikaner und Demokraten eine stärkere Ermuthigung sein, die selbstsüchtigsten Tendenzen vorwalten zu lassen, als eine durchaus passive Haltung der Unabhängigen. Schon jetzt sehen wir die Vorzeichen davon. „Wie können die Unabhängigen mit den Republikanern zusammengehen“, sagen die Demokraten, „nachdem durch die Enthüllungen, die das ganze Land in Erstaunen gesetzt haben, eine so scheußlich corrupte Wirthschaft ans Licht gekommen ist.“ „Natürlich werden die Unabhängigen gezwungen sein, mit uns zu gehen,“ sagen die Republikaner, „nachdem es sich gezeigt hat, daß sich nach jedem demokratischen Erfolge das Rebellen-Element mit dem größten Ungestüm wieder vordrängt und daß in Bezug auf die Finanzpolitik die schlimmsten Tendenzen im demokratischen Lager vorwalten.“ Es ist gewiß, sollte diejenige Partei, welche zuerst ihre Candidaten aufstellt, einen Mißgriff machen,

so wird sich die andere der Nothwendigkeit, ihrerseits ihr Bestes zu thun, glücklich enthoben sehen. Wirft man ihr dann den unbefriedigenden Charakter ihrer eigenen Leistungen vor, so wird sie mit Triumph darauf hinweisen, daß die andere Partei noch schlechter ist. Und das bedeutet die alte Wirthschaft in voller Blüthe."

So lautet das Urtheil von Karl Schurz über die Stellung der Unabhängigen zu den Republikanern und Demokraten, und wir glauben, daß er die Lage der Dinge ziemlich richtig erkannt habe. Beruhigen sich demnach die Unabhängigen bei der angeblichen Nothwendigkeit, sich unter allen Umständen von den alten Parteien ihre Wahl vorschreiben zu lassen, so beruhigen sie diese Parteien ebenfalls und haben damit den größten Theil ihres Einflusses bei der diesjährigen Präsidentenwahl eingebüßt; denn die Wahrscheinlichkeit, daß sich die republikanischen und demokratischen Parteimaschinen großen Zwang anthun werden, um den Unabhängigen zu Gefallen zu sein, wird dadurch immer geringer. Es muß also Karl Schurz und seinen zahlreichen Freunden und Gesinnungsgenossen als eine unglückliche Politik erscheinen, wenn von ihrer Seite den Parteien von vornherein die Versicherung gegeben wurde, daß sich die Unabhängigen schließlich mit Geduld in die Noth, zwischen zwei Uebeln zu wählen, fügen werden, sobald es den Parteimaschinen gefällt, sie darauf zu beschränken. Es wird deshalb auch von den Unabhängigen wenigstens jedes erlaubte und passende Mittel angewandt werden, um rechtzeitig die Bedingungen bekannt werden zu lassen, von welchen sie ihre Unterstützung der betreffenden Candidaten abhängig machen können; und dies muß in so klarer und nachdrücklicher Weise geschehen, daß die Führer der alten Parteien die Nothwendigkeit erkennen, sich danach einzurichten. Das kann und wird zum Theil durch eine entschiedene Haltung der unabhängigen Presse geschehen, besonders durch diejenigen Blätter, die bisher mit der einen oder der andern Partei zusammengewirkt haben, ohne jedoch ihre eigene, selbständige Ueberzeugung und ihre höheren Pflichten gegen die Union dem einseitigen Parteidienste zu opfern. Viel wirksamer würde es jedoch sein, wenn die leitenden Grundsätze der Fraction der Unabhängigen durch eine Versammlung von Männern offen und bestimmt hingestellt würden, die durch ihre Fähigkeiten und ihren untadelhaften Charakter hoch in der öffentlichen Achtung stehen und auf die öffentliche Meinung einen nachhaltigen Einfluß ausüben können. Wir müßten uns aber sehr irren, wenn nicht bereits nach dieser Richtung hin in verschiedenen Unionsstaaten gewirkt wird; Andeutungen in der unabhängigen Presse und Privatnachrichten haben uns zu dieser Ueberzeugung gelangen lassen. Man wird zunächst versuchen, von den alten Parteien feste und bündige Zusagen hinsichtlich der Finanzfrage und der Aemterreform zu erlangen; wenn dies Bemühen aber scheitern

sollte, so werden die Unabhängigen sich in diesem Jahre nicht, wie im Jahre 1872, zur Wahl zwischen zwei Uebeln zwingen lassen, sondern sehr wahrscheinlich auf eigene Faust vorangehen, d. h. eine eigene National-Convention berufen, ein eigenes Parteiprogramm entwerfen und für das Amt des Präsidenten und Vicepräsidenten selbständige Candidaten aufstellen. Ob allerdings die so entstandene, oder vielmehr möglicher Weise so entstehende Partei gleich in der ersten Wahlschlacht den Sieg davon tragen wird, das ist eine andere Frage. Auch die republikanische Partei unterlag mit ihrem ersten Candidaten John C. Fremont im Jahre 1856, aber nur, um im Jahre 1860 mit Abraham Lincoln zu siegen.

Was bis dahin von der demokratischen Partei, die doch im Repräsentantenhause des Kongresses die Majorität hat, hinsichtlich der Finanzfrage geschehen ist, trägt durchaus nicht zu deren Stärkung bei; auch die Führer der republikanischen Partei im Kongresse haben bis jetzt nichts gethan, wodurch sie ihre Sache besonders gehoben hätten. Der Antrag aber, den Herr Conover, Bundes senator für Florida und intimer Freund des Präsidenten Grant, am 10. Januar d. J. stellte und der dahin geht, daß die Vereinigten Staaten den Insurgenten von Cuba und Spanien gegenüber dieselbe Neutralität beobachten sollten, die beim Ausbruche des Bürgerkrieges von Spanien den SeceSSIONisten und dem für die Erhaltung der Union kämpfenden Norden gegenüber beobachtet wurde, — dieser Antrag wird sehr wahrscheinlich ohne alle praktischen Folgen bleiben und keine kriegerischen Verwickelungen hervorrufen. Die „New-York Tribune“ bezeichnet den Conover'schen Antrag in derber Weise, aber mit Recht, als einen „thörichten und schlecht überlegten“ (foolish and ill-considered). Das Volk der Vereinigten Staaten will keinen unnöthigen Krieg, am allerwenigsten in diesem Jahre, in welchem es sein hundertjähriges Nationalfest feiert und alle civilisirten Nationen der Erde zur Beschickung der Weltausstellung in Philadelphia eingeladen hat.

Rud. Doehn.

## Vom preussischen Landtag.

Berlin, den 12. März 1876.

Nachdem am 29. Februar eine der Berathung des Haushalts gewidmete Sitzung ohne Interesse für unsern Bericht vorübergegangen, beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus am 1. März zunächst mit einer jener unnützen Interpellationen, deren Zweck für außerparlamentarische Sterbliche ganz unerfindlich